

Europa braucht die Frauen

Weil Politik ohne die Frauen auch in Europa nur eine halbe Sache ist

Frauen sind in Europa in der Mehrheit. 133 Millionen Frauen stellen 51,6 % der Gesamtbevölkerung in der Gemeinschaft dar. In allen Ländern der Gemeinschaft, mit Ausnahme Irlands (49,9 %), machen die Frauen mehr als die Hälfte der Gesamtbevölkerung aus; von 50,2 % in den Niederlanden bis 52,3 % in der Bundesrepublik Deutschland. Deshalb ist es für Europa eine Herausforderung, noch bestehende Benachteiligungen von Frauen aufzuheben. Die CDU setzt sich dafür ein, daß beim Aufbau eines politisch geeinten Europas ihre Politik für die Frau durchgesetzt wird. Wir brauchen die Mehrheit für die Europäische Volkspartei (EVP), die in der Bundesrepublik von der Union vertreten wird, damit in Europa Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität für Frauen und Männer gleichermaßen verwirklicht werden.

Die Situation der Frauen in Europa

— 1975 lebten im Europa der Gemeinschaft 260 Millionen Menschen, davon 51,6 % Frauen. Aber nur jeder dritte Erwerbstätige ist eine Frau, in den Niederlanden z. B. sogar nur jeder vierte.

— In sechs von neun Ländern der EG sind über die Hälfte der erwerbstätigen Frauen verheiratet, in Belgien beträgt der Anteil 65,8 %, in der Bundesrepublik Deutschland 59,9 %. Selbst im angeblich traditionellen Italien sind mehr als die Hälfte (51,5 %) der erwerbstätigen Frauen verheiratet.

— Die Hälfte der 5,6 Millionen erwerbstätigen verheirateten Frauen in der Bundesrepublik Deutschland haben ein oder mehrere Kinder. D. h., sie haben neben ihrer beruflichen Tätigkeit auch noch den Haushalt und die Kinder zu versorgen.

— In den verschiedenen Erwerbszweigen ergeben sich für die Frauen in Europa unterschiedliche Arbeitsmöglichkeiten. So arbeiten in den Niederlanden nur noch 1,7 % der Frauen in der Landwirtschaft, 81 % aber im Dienstleistungsbereich. In Italien sind demgegenüber noch 14,5 % der Frauen in der Landwirtschaft be-

schäftigt und erst 51,7 % im Dienstleistungssektor. Bei den Berufen im Dienstleistungssektor ist allerdings zu bedenken, daß er einerseits den Frauen die größte fachliche Anerkennung (Lehrerin, Ärztin) bietet, andererseits aber auch die schlechter bezahlten und wenig qualifizierten Berufe (Putzfrau) enthält.

— Nach einer Untersuchung der EG-Kommission zum Jahr der Frau 1975 haben von 1 000 arbeitenden Frauen zwischen 600 und 850 Frauen keine Ausbildung genossen. In den akademischen Laufbahnen sind wenig Frauen zu finden, am ehesten noch in schöngeistigen Fächern (Philosophie, Literaturwissenschaft); selten in technischen und mathematischen Disziplinen.

— Die Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen sind noch erheblich. Der Durchschnittsverdienst der Frauen liegt zwischen 15 und 40 % unter dem der männlichen Kollegen. Zwar schreiben schon die Römischen Gründungsverträge der EWG von 1957 im Artikel 119 die Lohngleichheit vor, doch die Brüsseler Kommission mußte noch Anfang der 70er Jahre feststellen, daß „die Löhne qualifizierter Frauen in den Industrien, in denen überwiegend Frauen vertreten sind, mitunter nicht einmal das Lohnniveau der beruflich nicht Qualifizierten in den Industrien erreichen, in denen die Männer weitaus in der Überzahl sind. Je mehr Frauen in einem Zweig sind, desto niedriger ist der Durchschnittslohn.“

Das irische Finanzministerium hat ausgerechnet, daß allein die Aufhebung der Diskriminierung der weiblichen Arbeitskräfte durch Zahlung höherer Löhne in der öffentlichen Verwaltung den irischen Staat zusätzliche 14,5 Millionen Pfund kosten würde. Diese Zahl läßt leicht erkennen, warum der Durchsetzung von Artikel 119 des EWG-Vertrages während des 16jährigen Bestehens der Gemeinschaft wenig Erfolg beschieden war.

— Auch im Familienrecht herrscht keineswegs überall Gleichberechtigung. Heirat bedeutet in einigen Ländern noch immer Einengung des Entscheidungsspielraums der Frau. Allerdings werden zur Zeit in nahezu allen Parlamenten Gesetze diskutiert, die in dieser Frage, wie auch im Vermögensrecht die Gleichberechtigung anstreben.

— Noch immer unterschätzt wird die Leistung der Hausfrau. In keiner nationalen Statistik wird ihr Anteil am Wirtschaftsleben wirklich ausgewiesen. Schätzungen dieser Leistung gehen von einem vergleichbaren Kostenaufwand durch „fremde“ Dienste z. B. 1 900,— DM (Sparkassen-Verlag) oder von 120,— DM bis 360,— DM je Kind (Niederlande) aus.

— Die Abhängigkeit der Hausfrau spiegelt sich meistens im Fehlen einer eigenen Sozialversicherung wider, da die meisten Sozialversicherungssysteme noch davon ausgehen, daß der Mann Alleinverdiener und -versorger der Familie ist.

— Die Vertretung der Frauen im politischen Leben ist unbefriedigend. Die Bundesrepublik Deutschland liegt mit 7,5 % von 518 Abgeordneten im Deutschen Bundestag noch vergleichsweise günstig, auch wenn uns die Skandinavierinnen in

den Parlamenten übertreffen. Weibliche Minister gibt es heute fast überall, wenn auch in geringer Anzahl und meist in den Ressorts Familie, Gesundheit, Erziehung etc. Der Anteil der weiblichen Mitglieder in den europäischen Parteien ist schwer zu schätzen, da es keine vergleichbaren Statistiken gibt; in der Regel stellen sie zwischen 10 und 20 % der Mitglieder. In den europäischen Gremien kann man weibliche Abgeordnete nur vereinzelt sehen. Die Beratende Versammlung des Europa-Rates und das Europäische Parlament zählen 11 Frauen unter ihren Mitgliedern.

Stand der europäischen Politik für die Frauen

1975 und 1976 erließ die Kommission Richtlinien für „gleiche Bedingungen für Männer und Frauen hinsichtlich des Zugangs zur Beschäftigung, zur beruflichen Bildung und zum beruflichen Aufstieg sowie in bezug auf die Arbeitsbedingungen“ und zur Gleichbehandlung in der sozialen Sicherung sowie eine Richtlinie zur Lohngleichheit.

Drei Hauptgründe sind nach Auffassung der Kommissionen für die derzeitige Situation verantwortlich:

1. die Konzentration der Frauen auf bestimmte Wirtschaftszweige,
2. die mangelnde Schulbildung und Ausbildung,
3. Fragen im Zusammenhang mit der Mutterschaft.

Folgende Maßnahmen sind vordringlich, um gleiche Bedingungen für Männer und Frauen zu schaffen:

- Beseitigung von Diskriminierungen aller Art,
- gleichberechtigter Zugang zu allen Berufen,
- mehr Möglichkeiten bei der Berufswahl und der Wiederaufnahme der Erwerbstätigkeit,
- Aufwertung der Arbeitsplätze in Industrien mit überwiegend weiblichen Arbeitnehmern,
- bei Befähigung gleiche Aufstiegsmöglichkeiten ohne Rücksicht auf Geschlecht und Familienstand,
- bessere regionale Entwicklung des Arbeitsplatzangebots,
- Überprüfung von Einstellungsbedingungen und Altersgrenzen.

Die Leitlinien der Kommission steuern zu diesen Forderungen viele Einzelvorschläge bei.

Von den Regierungen der Mitgliedsländer werden hinsichtlich der Beschäftigung von Frauen gefordert:

- die Aufhebung aller diskriminierenden Bestimmungen in Rechts- und Verwaltungsvorschriften und in Tarifverträgen,
- die Überprüfung der Schutzmaßnahmen aufgrund der modernen technischen Entwicklungen.

Außerdem Maßnahmen im Bereich der Berufsausbildung wie z. B.

- die Zulassung zu allen Stufen von Schul- und Ausbildung,
- Maßnahmen für den Wiedereintritt in das Berufsleben,
- die Erstellung objektiver Kriterien für den Zugang zu allen Berufen und Stufen,
- die Aufhebung von Vorschriften gegen die Gleichbehandlung.

Weiter wird die Lösung von Problemen der sozialen Sicherung und der Betreuung der Kinder gefordert. Besondere Maßnahmen sollen einer besseren Ausnutzung des Europäischen Sozialfonds zugunsten von Frauen dienen, vor allem angesichts der Frauenarbeitslosigkeit in der EG, die überproportional hoch ist und noch nicht wesentlich abgebaut werden konnte.

Im Europäischen Sozialfonds sind Mittel für Maßnahmen zur erstmaligen oder erneuten Eingliederung von Frauen über 25 Jahren ins Erwerbsleben vorgesehen. Der Fonds fördert mit Vorrang die Ausbildung von Frauen für Berufe, in denen sie in der Regel unterrepräsentiert sind. Im Jahr 1978 konnte der Europäische Sozialfonds 8 Millionen Europäische Rechnungseinheiten und im Jahre 1979 18 Millionen Rechnungseinheiten für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zugunsten von Frauen über 25 Jahren zur Verfügung stellen.

Die EG-Kommission hat seit 1976 ein „Büro für Probleme der Frauenbeschäftigung“ eingerichtet.

Ein Informationsbüro wurde auf Drängen der Frauenverbände errichtet und dient

- der Information der Wählerinnen bei der europäischen Direktwahl,
- als Kontaktstelle für die Frauenverbände in den Mitgliedsstaaten.

Seit 1977 gibt die EG-Kommission einen Informationsdienst „Frauen Europas“ heraus.

Der Europa-Rat hat schon durch die 1965 in Kraft getretene Europäische Sozialcharta Maßnahmen zugunsten von Frauen gefordert. Dabei ging es vor allem um Fragen des Mutterschutzes, der Lohngleichheit, des sozialen und wirtschaftlichen Schutzes von Frauen und Kindern.

1974 und 1975 gab er Empfehlungen an die Regierungen, auf folgenden Gebieten tätig zu werden:

- Aufhebung der Diskriminierung in Bildung und Ausbildung,
- soziale Sicherung der Hausfrau,
- Aufhebung der Diskriminierung in vermögensrechtlichen Fragen,
- Aufforderung an Parteien und Parlamente, mehr Frauen in verantwortliche Positionen zu berufen.

Der Rechtsausschuß und der Ausschuß des Europa-Rates für Soziales und Gesundheit legten Berichte vor. Letzterer stellte ziemlich weitgehende Forderungen vor allem in Fragen der sozialen Sicherung und der Unterstützung der Eltern und der erwerbstätigen Frauen mit Kindern.

Die Europäische Familienministerkonferenz schließlich befaßte sich mehrfach mit Fragen der Gleichberechtigung von Mann und Frau und ihrer Auswirkung auf das Familienleben.

Was Sozialisten unter Frauenpolitik verstehen

Entsprechend ihrer Tradition kommen Frauenfragen bei den Parteien sozialistischer oder sozialdemokratischer Prägung nur in bezug auf das Erwerbsleben vor. Das gilt für den ersten (nie verabschiedeten) Entwurf einer Wahlplattform der europäischen Sozialisten und Sozialdemokraten ebenso wie für die jüngste Fassung des „Europawahlprogramms“. Sie tun so, als sei Frauenarbeitslosigkeit das einzige Thema, das Frauen beschäftigt.

Im Juni 1978 veröffentlichte der Pressedienst der SPD „Frau und Gesellschaft“ eine ganze Nummer unter dem Titel „Europa der Arbeitnehmer — eine Chance für die Frauen“. Hier wird das gesamte Programm der Europäischen Gemeinschaft als Forderung der Sozialdemokraten dargestellt; darüber hinaus finden sich die bekannten Aussagen zum „Recht auf Arbeit“, zur Einführung einer Gleichstellungsstelle bei der EG, zur Festsetzung von Quoten, wonach jeweils 40 % des derzeit unterrepräsentierten Geschlechts in Männer- bzw. Frauenbranchen eingestellt werden müssen.

Die „Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen“ spricht in ihren Forderungen eine noch deutlichere Sprache als später die Partei. Die SPD griff jedoch die meisten Forderungen in dem am 10. Dezember 1978 verabschiedeten Programm zur Europapolitik für den Wahlkampf in der Bundesrepublik Deutschland wieder auf.

Der Bezug Frau und Familie, die Familie als gleichwertige Chance zur Entfaltung der Persönlichkeit, kommt in keiner Aussage vor. Maßstab ist und bleibt das Arbeitsleben. Das Wort Wahlfreiheit existiert für die Sozialisten offenbar nicht. Im Gegenteil: die Übernahme von Aufgaben in der Familie führt nach Auffassung der Sozialisten nur zu einer Verstärkung der traditionellen Vorurteile gegenüber der Frau. Die Familie hemme die Emanzipation der Frauen.

Die freiheitliche Alternative der CDU

Die CDU und die Frauenvereinigung der CDU haben sich sowohl durch nationale wie durch internationale Aktivitäten auf die Auseinandersetzung mit den Soziali-

sten vorbereitet. Die Kampagne „Frauen für Europa — CDU“ hat zu zahlreichen Veranstaltungen, Seminaren und internationalen Aktivitäten seit 1977 geführt.

In ihren internationalen Aussagen unterstützt die Frauenvereinigung gemeinsam mit der Europäischen Frauen-Union, den Frauen der Europäischen Volkspartei und der Union Christlich Demokratischer Frauen, die allgemeinpolitischen Aussagen der Europäischen Volkspartei wie auch die unbestritten richtigen Forderungen der Europäischen Gemeinschaft hinsichtlich der Gleichberechtigung der Frauen im Erwerbsleben. Aber sie setzt zugleich ihre eigenen Akzente, die sie von den sozialistischen und sozialdemokratischen Frauen abgrenzt und die auch im Programm der Europäischen Volkspartei ihren Niederschlag gefunden haben.

So heißt es z. B. im Manifest der Europäischen Frauen-Union (unterzeichnet auf der Generalversammlung in Turku/Finnland von allen 14 Mitgliedsländern): „Die Europäische Frauen-Union anerkennt und betont die Bedeutung der Familie und fordert die Stärkung ihrer Rolle in der Gesellschaft. Die Europäische Frauen-Union erwartet, daß die Schwierigkeiten, denen die Frauen bei der Ausübung ihrer gleichen Rechte und Verantwortung in der Gesellschaft, im Arbeitsleben und im öffentlichen Leben gegenüberstehen, erkannt und ihnen angemessene Hilfen gewährt werden. Die Europäische Frauen-Union tritt dafür ein, daß die Frau wählen kann, ob sie eine außerhäusliche Tätigkeit ausübt.“

Dies entspricht den Zielsetzungen der CDU, wie sie zuletzt im Grundsatzprogramm der CDU im Oktober 1978 verabschiedet wurden.

Das Programm der Europäischen Volkspartei, an dem die Frauen der EVP entscheidend mitgearbeitet haben, entspricht den Forderungen der christlich-demokratischen Frauen.

Es beruht im Gegensatz zur sozialistischen und sozialdemokratischen Frauen-Ideologie auf einem Menschenbild, das die Frau nicht in eine einzige Richtung drängt. Es enthält kurze, klare und eindeutige Grundsatzpositionen: „Die Sozialpolitik muß die Gleichberechtigung von Mann und Frau verwirklichen helfen, besonders den Grundsatz: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit.

Diese Politik muß es ermöglichen, daß Mann und Frau ihre Aufgaben in Familie, Beruf und Gesellschaft gleichberechtigt vereinbaren. Die Aufgaben und die Arbeit der Frau im Haushalt und für die Familie wird als Beruf und als wichtiger gesellschaftspolitischer und wirtschaftlicher Beitrag für Gemeinschaft und Staat anerkannt.“

Was wir tun können

Die Frauen mit ihrer Mehrheit geben den Ausschlag für den Ausgang der Wahl am 10. Juni 1979. Deshalb ist es so wichtig, daß sich jede Frau an den ersten Europawahlen beteiligt und dafür sorgt, daß die CDU und damit die EVP die Mehrzahl

der Stimmen erhält. Damit die Politik der Partnerschaft von Mann und Frau in Europa weiter Wirklichkeit wird. Es kommt jetzt auf jedes einzelne Mitglied an,

- die Menschen für Europa zu begeistern,
- sie von der Wichtigkeit der ersten europäischen Direktwahlen zu überzeugen,
- über die Politik der CDU zu informieren und
- die Gefahr des sozialistischen Europas deutlich zu machen.

Dazu einige Anregungen, die sie am besten zusammen mit der Kreispartei und den übrigen Vereinigungen der CDU verwirklichen können.

CDU für Europa

Stellen Sie die Politik der CDU in der Europäischen Volkspartei vor. Betonen Sie besonders das Engagement der CDU für Europa, die der Motor für die europäische Einigung war und ist. Die Zeitschrift „Frau & Politik“ und die Publikation „Die Frau in der offenen Gesellschaft“ helfen Ihnen dabei. Sie erhalten diese Schriften von der Bundesfrauenvereinigung der CDU.

Über die erste Europawahl informieren

Informieren Sie über die Bedeutung der ersten Wahlen in Europa, mit denen die Frauen und Männer Europas ihre Abgeordneten direkt wählen. Material über die Wahlen erhalten Sie außer von der CDU vom

- Verbindungsbüro der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Zitelmannstraße 22, 5300 Bonn,
- Europa-Union-Deutschland e. V., Stockenstraße 1—5, 5300 Bonn 1.

Für Europa werben

Wecken Sie Interesse und Begeisterung für die europäische Einigung, indem Sie das bereits Erreichte schildern und den zukünftigen Weg aufzeigen. Auf die Frage, was uns Europa gebracht hat, gibt es eine Menge zu sagen:

- Seit über 30 Jahren Frieden in Westeuropa
- Gute nachbarschaftliche Beziehungen
- Schutz der Menschenrechte durch die Konventionen der Menschenrechte und Grundfreiheiten im Rahmen des Europa-Rats
- Wirtschaftlicher Aufschwung
- Erhöhung des Lebensstandards
- Freizügigkeit innerhalb Europas

Kontakte über die Grenzen

Laden Sie zu Ihren Veranstaltungen Frauen aus den befreundeten Parteien in der EG ein. Die Frauenvereinigung übermittelt Ihnen gern Kontaktadressen. Organisieren Sie Besuche in den angrenzenden Ländern. Führen Sie Informationsfahrten zur Kommission der EG in Brüssel, zum Europäischen Parlament in Luxemburg.

und zum Europa-Rat in Straßburg durch. Das Informationsbüro der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Zitellmannstraße 22, 5300 Bonn 1, hilft Ihnen weiter. Arbeiten Sie mit bei Städtepartnerschaften. Gerade im Jahr des Kindes wäre es besonders begrüßenswert, wenn Sie ausländische Kinder für die Ferien in Ihren Heimatort einladen. Dehnen Sie Ihre soziale Politik über die Grenzen hinaus. Sammeln Sie für Hilfsbedürftige in anderen europäischen Ländern, und helfen Sie bei Katastrophen. Die Unterstützung der Frauenvereinigung für die „Irische-Frauen-Friedensbewegung“ z. B. war sehr erfolgreich und ist mit großem Dank aufgenommen worden.

Europa zum Schmecken, Sehen und Hören

Über Europa ins Gespräch kommen können Sie auch gut, wenn Sie Europäisches zum Essen anbieten, einen Film über Europa vorführen (erhältlich beim Informationsbüro der EG), Ihre privaten Urlaubsfilme und Dias zeigen oder Folklore-Musik verschiedener europäischer Völker vorspielen. Sie können so einen Gag auch als Einstieg in eine „ernsthafte Veranstaltung“ anbieten, um zunächst das Interesse zu wecken. Beteiligen Sie auch ausländische Arbeitnehmer aus der EG.

Bekennen

Aufkleber sind nicht nur am Auto gut, sondern auch z. B. an der Fensterscheibe oder an der Handtasche. Mit Europa-Tüchern und der Erkennungsnadel können Sie Ihr Engagement für Europa weiter sichtbar machen. Verteilen Sie das Material der CDU unter Freunden, Bekannten und in Briefkästen. Für die heiße Wahlkampfphase ab Mai 1979 gibt es einen neuen Prospekt für die Ansprache von Frauen.

Mit all diesen Vorschlägen können Sie die Aktion „Frauen für Europa — CDU“ fortsetzen. Denken Sie dabei immer an die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, auch Leserbriefe sind ein gutes Mittel, seine Meinung zu Gehör zu bringen. Neben der Zusammenarbeit innerhalb der Partei und der Vereinigungen ist die Zusammenarbeit mit bereits bestehenden Organisationen zu empfehlen: Frauen- und gemischte Verbände sowie die Europa-Union.

Das Informationsmaterial der CDU zur Europawahl für Ihre Aktionen erhalten Sie beim IS-Versandzentrum, Postfach 66 66, 4830 Gütersloh 1. Fordern Sie vorher den Aktionskatalog bei der CDU-Bundesgeschäftsstelle, Abteilung Öffentlichkeitsarbeit, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn 1, an.

Und denken Sie daran: Informieren Sie das Frauenreferat der Bundesgeschäftsstelle der CDU über Ihre Aktivitäten, damit darüber berichtet werden kann und andere ebenfalls von Ihren Ideen profitieren können.

CDU-EUROPAWAHL — Verantwortlich: Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus. Verlag: Island Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstraße 173. Geschäftsführer: Peter Müllenbach. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.